Nummer 211 | Halle, Montag, den 8. September 1924 | 50. Jahrgang.

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.35 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In Greiz ist es Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten gekommen. Aus ganz Thüringen und aus der Provinz Sachsen waren die Kommunisten in Greiz zusammengekommen. Als sie die Internationale singend mit roten Fahnen durch die Straßen zogen, trat ihnen die Polizei entgegen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen. Mit Gummiknüppeln wurde die Menge auseinandergetrieben. Als sie sich immer wieder zusammenrottete, rief man Landespolizei aus Gera und Weimar zu Hilfe. Heute herrscht Ruhe. Drei Kommunisten wurden schwer verletzt.

*

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig werden im Laufe des Monats September nicht weniger als acht Hochverratsprozesse zur Verhandlung kommen.

*

Im Juli dieses Jahres wurde das Denkmal für die Gefallenen des ehemaligen Dragonerregiments in Tilsit noch vor der Enthüllung teilweise zerstört. Es gelang, einen der Täter, der der kommunistischen Partei angehört, zu ermitteln. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

*

Der Chefredakteur der „Roten Fahne", Fritz Apelt, ist gestern abend auf Grund eines Haftbefehls des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wegen seit April wiederholter Aufforderung zum Hochverrat und zum Sturze der Republik verhaftet worden.

*

Im Reichstag ist folgender Antrag des Zentrums eingegangen: Der Reichstag wolle beschließen: Das zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien abgeschlossene Handelsabkommen soll solange nicht in Wirksamkeit treten, bis der Reichstag endgültig darüber entschieden hat.

*

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist allen im neubesetzten Gebiete und im Düsseldorfer Brückenkopf wohnenden Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden mit Ausnahme von sechs Personen, nämlich: Regierungspräsident Grützner (Düsseldorf), Landrat Schöne (Essen), Polizeipräsident Niedermayer (Essen), Bürgermeister Ham (Recklinghausen), Polizeiinspektor Reisenrath (Herne) und Polizeikommissar Porath (Wanne).

*

Wie die Industrie- und Handelskammer in Essen mitteilt, findet die Aufhebung der östlichen Zollinie nach der neuesten Verfügung des Kommandanten Filippi bereits in der Nacht vom 8. zum 9. September, nachts 12 Uhr, statt.

*

Sonntag ist eine Verfügung des kommandierenden Generals der Rheinarmee, Degoutte, an die französischen Divisionsgenerale ergangen, daß die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

*

Der deutsche Gesandte Graf Welczeck ist aus Berlin nach Budapest zurückgekehrt. Er hat von der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Auslieferung der Erzbergermörder wichtige Informationen erhalten. Die deutschen Behörden fordern, daß das Auslieferungsverfahren ohne jedes weitere Agnoszierungsverfahren durchgeführt werde.

*

Sonnabend fand zwischen dem ungarischen Abgeordneten Gömbös, bei dem kürzlich die Erzbergermörder entdeckt wurden, und dem Redakteur des fortschrittlichen Blattes „Vilag", Felesky, ein Säbelduell statt. Hierbei wurde der Redakteur schwer verletzt.

*

Nach den letzten Meldungen aus Marokko befinden sich die Spanier an verschiedenen Stellen der Front in einer bedrängten Lage. Gegenwärtig finden Kämpfe 10 Kilometer südlich von Tetuan und außerdem in unmittelbarer Nähe von Tetuan statt. Man hält es für wenig wahrscheinlich, daß die Spanier an diesem Teile der Front Erfolg haben werden und rechnet damit, daß die 20 000 Mann des Generals Erano gezwungen sein werden, sich an der Mündung der Lau einzuschiffen, um nach Centa zu gelangen. Vorbereitungen für diesen Rückzug sind bereits im Gange.

*

Die amerikanischen Weltrundflieger haben ihren Flug beendet und sind in Boston eingetroffen, wo man ihnen begeisterte Ovationen entgegenbrachte.

*

Die Londoner „Morning-Post" teilt mit, daß die konservative Parteiorganisation Order erhalten hätte, sich auf Neuwahlen im November vorzubereiten und entsprechend zu verfahren. Die gesamte Organisation der Partei wird demzufolge in eine Art von Bereitschaftszustand gesetzt.

Abschluß des ersten Aktes.

Vertagung in Genf.

Eine Kompromißentschließung.

In der Sonnabendsitzung des Völkerbundes teilte Präsident Motta zunächst mit, daß sechs Redner auf der Tagesordnung stehen. Sonntag soll die Debatte über den Bericht des Generalsekretariats abgeschlossen werden. Dann sollen zwei Wochen lang die öffentlichen Sitzungen ausgesetzt werden, um den Kommissionen Gelegenheit zur Ausarbeitung ihrer Vorschläge zu geben. In der vierten Septemberwoche wird die Vollversammlung wieder zusammentreten. Der Maharadscha von Bikanapa sprach sodann im Namen der indischen Fürsten. Er stimmt mit Macdonalds Absicht überein. Die Schuldfrage des Völkerbundes könne Indien nicht schützen, daher verwerfe Indien den Garantievertrag, obgleich es ebenso wie alle anderen Völker den Frieden anstrebe. Dann spricht ein Vertreter Kanadas. Für Griechenland spricht Politis. Der Völkerbundsvertrag biete einen Friedens-Verbindungsweg. Der Vertrag unterdrücke nicht das Recht zum Kriege.

Er erkennt ihn vielmehr als notwendig an und verwirft nur die Kriege, die den Völkerbundsvertrag verletzen. Auf die Moral allein könne man sich nicht verlassen. Ohne allgemeine Garantien sei an eine Abrüstung nicht zu denken.

In der Nachmittagssitzung ergriffen das Wort die Vertreter Brasiliens, Spaniens, Chiles und Kolumbiens. Die Reihe der Reden geht zu Ende mit Schlußworten Macdonalds und Herriots. Als Macdonald erklärt:

„Frankreich und England werden Arm in Arm gehen",

klatscht die Versammlung begeisterten Beifall und Herriot nickt eifrig von seinem Platze. Herriot und er wollten dasselbe, nur auf verschiedenen Wegen erreichen. Herriot, gleichfalls lebhaft begrüßt, führte u. a. aus: „Mein Freund Macdonald und ich sind uns unserer großen Verantwortlichkeit bewußt. Ich spreche auch im Namen von Theunis und Salandra. Es wäre bedauernswert, wenn unsere Reden nur akademische Diskussion bleiben würden. In wenigen Wochen werden die Völker einsehen, daß der Völkerbund uns dem Ziele brüderlicher Zusammenarbeit nähergebracht (?) hat!" Hierauf wird eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Versammlung nimmt von den Erklärungen der hier vertretenen Regierungen Kenntnis und sieht darin mit Genugtuung die Grundlagen für eine Verständigung zur Herstellung des endgültigen Friedens. Sie beschließt:

Um die Gegensätze miteinander auszusöhnen und nach diesem Ausgleich so schnell wie möglich durch die Vermittlung des Völkerbundes eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen zu können, wird

1. die 3. Kommission beauftragt, die Dokumente über die Sicherheit und die Herabsetzung der Rüstungen zu prüfen, besonders die Bemerkungen der Regierungen zum Entwurf eines gegenseitigen Garantievertrages.

2. Die 1. Kommission wird beauftragt, die Artikel des Paktes, die die Regelung von Streitigkeiten betreffen, zu studieren und zu untersuchen, innerhalb welcher Grenzen die Bestimmungen des Artikels 36 § 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes genauer revidiert werden können, und im Hinblick auf die Stärkung der Solidarität, die Sicherheit der Völker der Welt und eine friedliche Lösung aller Konflikte die Annahme dieser Klausel zu erleichtern.

*

Herriot gab dem Vertreter des „Journal" gegenüber der Erwartung Ausdruck, daß nach ungefähr drei Wochen die Kommissionen des Völkerbundes einen Text ausgearbeitet haben werden, der von dem Bund einstimmig angenommen werden wird. Darauf werden die Regierungen den Text beraten.

* * *

Die Heimkehr Herriots und Macdonalds.

Paris, 7. September. Herriot und Macdonald wurden, als der Zug heute früh gegen 9 Uhr auf dem Lyoner Bahnhof in Paris einfraf, mit Rufen: **„Es lebe der Frieden"** begrüßt. Sämtliche in Paris anwesenden Kabinettsmitglieder hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden.

*

London, 8. September. Macdonald ist gestern abend hierher zurückgekehrt. In einem Interview äußerte er: Die Grundlagen für den künftigen Frieden der Welt sind gut gelegt worden. Wir alle haben mit Recht und mit Einmütigkeit hinsichtlich des Zieles uns bemüht, um die Greuel des Krieges zu verhüten, zu dem die Welt getrieben werden würde, wenn Mißverständnisse, Eifersüchteleien und Rüstungen weiter bestehen könnten. Ein Anfang ist gemacht worden, und das Werk wird stetig fortgesetzt werden, bis wir das Ende sehen können. — Herriot sagte in einem Interview: Für die nächste Zeit haben wir ernstlich praktische Maßnahmen ins Auge gefaßt, um den Frieden in Kraft zu setzen und zu sichern.

Protest gegen die Kriegsschuldnote.

Eine Berliner Morgenzeitung will erfahren haben, daß der französische Botschafter de Margerie Sonntag im Auswärtigen Amt vorgesprochen habe, wo er den Staatssekretär Frhrn. von Maltzahn, der für den beurlaubten Außenminister Dr. Stresemann die Geschäfte leitet, auftragsgemäß darauf aufmerksam gemacht habe, daß eine amtliche Notifizierung der deutschen Kundgebung über die Kriegsschuldfrage auf das französische Volk und auf die politisch führenden Kreise einen unangenehmen Eindruck machen würde. Die Erklärung des Botschafters sei, wie das Blatt berichtet, zur Kenntnis genommen worden.

Einen solchen Schritt kündigte eine Havasnote schon am Sonnabend im Anschluß an die Debatte über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund an. Es heißt da:

„Es braucht nicht betont zu werden, daß eine so günstige Einstellung der französischen Delegation sich ändern könnte, wenn die Reichsregierung, wie gestern in Genf behauptet wurde, ihre Absicht vermeidlich und tatsächlich die über den Ursprung des Krieges angekündigte Proklamation erlassen wird."

Herriot und Macdonald sollen ferner übereingekommen sein, in Berlin Vorstellungen gegen eine deutsche Kriegsschuldnote zu erheben.

Pariser Blätter veröffentlichten am Sonnabend den Inhalt eines Briefes des Reichskanzlers Marx an die Premierminister der Entente, in dem die Note der Regierung angekündigt wird. Der Reichskanzler habe hinzugefügt, daß die Veröffentlichung keine Veränderung in der Politik des Reiches bei den Londoner Verpflichtungen mit sich bringen werde. Herriot hat den französischen Botschafter in Berlin angewiesen, der Reichsregierung mitzuteilen, welchen schlechten Eindruck der Brief gemacht habe.

*

Was an diesen Nachrichten nun richtig oder falsch ist, bleibe dahingestellt. Selbstverständlich erscheint es uns, daß, nachdem die Kriegsschuldfrage nun einmal ins Rollen gebracht ist, die Reichsregierung sich durch Drohungen amtlicher oder privater Art nicht einschüchtern lassen darf.

Eine hinterhältige Erklärung.

Da in Deutschland die Frage der militärischen Räumung der Ruhr von Dortmund und Hörde Beunruhigung erregt, hat der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" über die Absichten der französischen Regierung eine sehr kompetente französische Stelle befragt. Die mündlich erteilte Antwort besagt: Herriot ist fest entschlossen, das zu halten, was er in dem Londoner Notenwechsel versprochen hat. Die militärische Räumung der Zone von Dortmund und Hörde wird erfolgen, sobald die wirtschaftliche Räumung beendet ist, nicht erst nach dem vollendeten Abbau der Regie. Entsprechende Instruktionen sind an die Generale ausgegeben worden.

Die französische Regierung kann nicht dafür eintreten, daß sich bei der Ausführung der Einzelheiten nicht Schwierigkeiten ergeben, die die Angelegenheit verzögern. Aber an ihrem in London gefaßten Beschluß hat sich bis heute nicht das geringste geändert.

Dr. Cremer über das Londoner Abkommen.

Minden, 7. Sept. Auf der Tagung des Westfälisch-Lippeschen Wirtschaftsbundes in Minden gab der Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer-Berlin ein Bild der Dawes-Verträge:

Frankreich habe nicht das Recht, die englische 86prozentige Reparations-Abgabe nachzuahmen. Das geplante Agrar-Kredit-Institut, das sich aus der Rentenbank entwickeln soll, dürfe nicht eine Waffe allein in der Hand des „Reichslandbundes" werden.

Die Belastung durch die Industrie-Obligationen werde auf 50 M. je Arbeiter und zwei Pfennig je Arbeitsstunde geschätzt, was nicht allgemein gültig sei, aber immerhin einen Anhalt biete.

Bei den Entwürfen über die Reichsbahn habe man in London dem Dawes-Gutachten die meisten Giftzähne ausbrechen müssen. Die Tarifhoheit des Reiches bleibe erhalten.

Das Herauswirtschaften hoher Beträge aus dem Reichsbaushalt werde sehr große Schwierigkeiten bringen und zu einer **Höherbesteuerung um**

Die Weltkrisis der inneren Politik.

Die Völkerbundstagungen als Heilmittel.

Unter einem riesigen Aufwand von Menschen, Worten und Veranstaltungen wird in Genf über Sicherheit, Abrüstung usw. verhandelt. Da die wirklich wichtigen Entscheidungen der Weltgeschichte niemals im großen Kreis an der Oeffentlichkeit, sondern zwischen einigen wenigen führenden Köpfen in tiefstem Geheimnis getroffen werden, weiß man bei dieser Schaustellung von vornherein, daß es auf wichtige Entscheidungen überhaupt nicht abgesehen sein kann.

In Wirklichkeit dienen die Genfer Tagungen in allererster Linie dem großen, allen Staaten gemeinsamen innerpolitischen Problem der Gegenwart: die im Parlamentarismus liegende Staatsgefährdung zu bannen.

Die Krisis des Vertrauens.

Alle heutigen Staaten der Welt machen eine schwere innere politische Krisis durch. Die Grundlagen, auf denen früher — auch in den damals schon demokratischen Staaten — die Autorität des Staates beruhte, sind heute völlig verändert. In England ist das Zusammenbrechen des jahrhundertealten Zweiparteiensystems und das Hochkommen einer dritten Partei ein typisches Zeichen des Neuen. In Amerika hat man in der La Follettepartei die gleiche Erscheinung.

Das Neue ist, daß in allen Staaten der einzelne Staatsbürger selber direkten Anteil an der Staatsleitung zu nehmen wünscht, während er sich früher um Politik nicht oder kaum kümmerte und sich auf Vertrauensmänner verließ, auf den Herrscher und seine Beamten bis zum untersten Staatsbeamten herab.

Das Aufkommen des **Parlamentarismus** war das erste große Anzeichen der beginnenden Krisis des Vertrauens und setzte an Stelle der beamteten, **berufsmäßigen Vertrauensmänner** selbstgewählte Vertrauensleute. Dabei ist die Tatsache, daß man seine Vertrauensmänner nicht auf Lebenszeit, sondern nur auf Zeit wählte, das deutlichste Zeichen dafür, daß der Parlamentarismus aus dem Mißtrauen, aus einer Krisis des Vertrauens erwuchs. Zugleich liegt allerdings in der zeitlichen Beschränkung das Eingeständnis, daß man seines eigenen Urteils über den Vertrauensmann nicht sicher ist. Der Parlamentarismus ist also ein Kind des Mißtrauens und der Unsicherheit und in diesem Ursprung liegt seine unheilbare Schwäche.

Die anarchistische Tendenz.

Zugleich hat der Parlamentarismus eine zweite Wurzel: den Drang der Einzelnen, möglichst alle ihr Einzelleben berührenden Angelegenheiten, also auch die Politik, selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Fortschritt des Selbstständigkeitsbedürfnisses ist geboren aus dem Fortschritt an Bildung, an Wissen, und bedeutet in der Entwicklung der Völker dasselbe, was jeder einzelne Mensch beim Uebergang von der Kindheit zum erwachsenen Alter durchmacht. Auf politischem Gebiet hängt er vor allem mit dem Fortschritt und der leichteren Zugänglichkeit des Nachrichtendienstes, vor allem also mit der Ausdehnung des Zeitungswesens, zusammen.

Auch dieser Selbständigkeitsdrang hat zwei Seiten: die positive, den „Fortschritt", den man als demokratisches Prinzip der Neuzeit zu bezeichnen pflegt. Und eine negative Seite, die selten genügend beachtet wird und die zusammen mit jener anderen Wurzel des Parlamentarismus, dem Mißtrauen, das eigentliche große Problem und die Gefahr des Parlamentarismus bildet. Dieses Negative ist, daß das gemeinsame Interesse, das politisch im Staat verkörpert ist — absichtlich oder aus Unfähigkeit, das Ganze zu überblicken, geschädigt wird, wenn jeder sich selber um seine eigenen Angelegenheiten und um die allgemeinen Angelegenheiten von seinem eigenen Standpunkt aus kümmert. Demokratie führt unvermeidlich zur Zersplitterung, zur Hintansetzung des Gesamtinteresses, es liegt in ihr eine die staatliche Ordnung bedrohende anarchistische Gefahr.

Ein Blick auf die heutigen Staaten der Welt zeigt, daß es bisher keinem von ihnen gelungen ist, die im Wesen des Parlamentarismus oder der Demokratie liegende Gefahr für die Dauer und wirklich befriedigend zu beseitigen. Zurzeit werden zwei Mittel angewandt, sie zu bekämpfen.

Das erste Mittel ist, daß die führenden Köpfe aus der Masse der nach Selbständigkeit Drängenden einzelne herausheben und ihre privaten Interessen mit denen des Staates verknüpfen, wobei erfahrungsgemäß Machtgier und Geldgier die stärksten Privatinteressen sind. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: man gewährt Vorteile, wie Beamtenstellungen oder Privatstellungen, die sowohl die Machtgier wie die Geldgier befriedigen, oder man gewährt lediglich finanzielle Vorteile.

Auf dieser Methode der Bekämpfung der im Parlamentarismus liegenden Gefahr der Selbstauflösung des Staates beruht z. B. die französische und deutsche Republik oder die Diktatur Musso-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240908017/fragment/page=0001

links in Italien und der Sowjets in Rußland. Ob die Herrschaft die mildere Form der Republik oder die des Absolutismus hat, ist dabei nebensächlich und hängt in erster Linie von den Fähigkeiten des führenden Kopfes oder der führenden Köpfe ab. In jedem Falle aber ist das Ergebnis eine Verleugnung des demokratischen Prinzips, indem einzelne auf Kosten der Gesamtheit die Führung übernehmen, aber es mindert die im demokratischen Prinzip liegende Gefahr der Anarchie. Da die Anarchie das größere Uebel ist, ist grundsätzlich den führenden Köpfen, die zu den genannten Mitteln greifen, wie z. B. den Führern unserer Revolution, noch kein Vorwurf zu machen, der Vorwurf ist nur insoweit berechtigt, als die Herausbehung und Bevorteilung einzelner über das zur Bekämpfung der Anarchie notwendige Maß hinausgeht.

Das zweite Mittel ist, daß man den Betätigungsdrang und das Mitdenken der Masse von eigentlichen politischen Fragen ablenkt und auf solche hinlenkt, die wie politische aussehen — und an denen sie sich ermüden. Voraussetzung des Erfolges dieses Mittels ist natürlich, daß diese Fragen zugkräftig und aktuell und schwierig, am besten unlösbar sind.

In der Nachkriegszeit folgte auf die seelische Anspannung des Krieges als natürliche Rückwirkung die Erschlaffung der im Geschlechtscharakter des Mannes (wie fast aller männlichen Tiere der Säugetier- und Vogelwelt) begründeten kriegerischen Neigung und Kampfeslust. Diese Erschlaffung, das Friedensbedürfnis, ist in vortrefflichster Weise geeignet, als Mittel der Ablenkung von der Politik zu dienen. Denn es ist einerseits höchst aktuell und zugkräftig und ist andererseits geradezu ein gordischer Knoten, an dem der Scharfsinn und die Bemühungen der Masse sich heute genau so betätigen und ermüden können, wie in den Jahrtausenden, seit denen man das Problem des ewigen Friedens und der Völkerversöhnung zu lösen sucht.

So sieht man denn jetzt die führenden Politiker in Genf mit Riesenpathos den unruhigen, betätigungsdurstigen Massen der Welt den großen gordischen Knoten des ewigen Friedens hinhalten, und sieht, wie die Massen in aller Welt — je schlichter im Denken, desto eifriger — sich darauf stürzen. Je fähiger die Politiker, desto ausgiebiger werden sie von diesem Mittel Gebrauch machen, mit desto größerem Pathos und größerer Reklame werden sie die Massen darauf hinlocken.

Inzwischen sitzen die Politiker selbst nebenan im stillen, vertrauten Kreis und überrechnen und überlegen, mit welchen Mitteln man die große, innenpolitische Weltkrisis nicht nur, wie mit dem Ablenkungsmittel des Völkerfriedensgedankens überdecken, die ungeheuerig gewordenen Völker betäuben, sondern wie man die Krisis selbst heilen, endgültig überwinden kann. Da man ein hierzu geeignetes Mittel beim besten Willen nicht finden oder sich wenigstens nicht darüber einigen kann, so tut jeder im Geheimen das Gegenteil dessen, was man draußen pathetisch auf offenem Markt verkündet: er rüstet und rüstet, um im Notfalle die gärende Unruhe des Volkes wieder in kriegerische Begeisterung umzusetzen, mit Kanonendonner zu übertäuben und schließlich mit der Beute eines siegreichen Krieges zu stillen.

Ob freilich dieses uralte Verfahren, das selbst das Schießpulver zum Schlafpulver für unruhig gewordene Völker zu machen gewußt hat, auch diesmal, gegenüber der Neuerscheinung der Geschichte, gegenüber der modernen demokratischen Idee verfängt — oder ob die alten staatlichen Ordnungen an dem Neuen zerbrechen: das kann nur die Zukunft lehren.

Die Wirren in China.

Schanghai, 8. September. Die Streitkräfte des Militärgouverneurs von Tschekiang haben Kiangsu-Truppen 15 Meilen von Schanghai geschlagen. Nach einer Meldung aus Kanton beabsichtigt Sun Jatsen Truppen nordwärts zur Unterstützung der Tschekiangtruppen zu entsenden.

Da auf der chinesischen Insel Amoy infolge der Unruhen mehrere Japaner getötet worden sind, wurden vier japanische Zerstörer nach der Insel entsandt.

Peking, 8. September. Das Kabinett erließ ein Mandat, durch das der Militärgouverneur von Tschekiang und der Verteidigungskommissar von Schanghai ihres Ranges enthoben werden und dem Militärgouverneur von Kiangsu der Befehl erteilt wird, eine Expedition auszusetzen, um diese Rebellen zur Unterwerfung zu zwingen. Die Zentralregierung erneuerte auch den Befehl, die nötigen Maßnahmen zum Schutze des ausländischen Privateigentums zu treffen.

Nach einer Reutermeldung aus Peking hat der General in Mukden, Tschanglolin, der Regierung in Peking den Krieg erklärt.

*

Neutralisierung der Yangtse-Mündung?

Französische Blätter berichten über einen gemeinsamen Rat der Großmächte bei der chinesischen Regierung, die Mündung des Yangtse und den Schanghaifluß zu neutralisieren. Die alliierten Weltstreitkräfte würden gegebenenfalls bereit sein, dieser Neutralität gegenüber den Kriegführenden Achtung zu verschaffen.

Die Gärung in Rußland.

Aus Helsingfors wird gemeldet:

Die russisch-polnische Lage ist unverändert. Minsk ist augenblicklich das Zentrum russischer Vorbereitungen gegen das Ausland sowie gegen das Inland. Flüchtlinge und Deserteure aus dem an Polen abgetretenen weißrussischen Gebiet kommen hier täglich in Massen an und werden von der Regierung sehr gut aufgenommen, um die Stimmung gegen Polen noch zu heben.

Im Süden sowie im Innern dauern die Aufstände an. Auch Turkestan soll sich zum Aufstande vorbereiten.

Die Kirgisen und Sorben sind der Regierung feindlich gesinnt.

Amerikanische Zeitungen bringen spaltenlange Berichte über ein kurz bevorstehendes Ende Sowjet-Rußlands.

Paßzwang für das besetzte Gebiet.

Koblenz, 7. Sept. Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung Nr. 263 herausgegeben, die sich mit der Regelung der Einreise-, Verkehrs- und Aufenthaltsbedingungen im besetzten Gebiete befaßt.

Alle im besetzten Gebiete ständig wohnenden Personen über 16 Jahre, gleichviel welcher Nationalität sie angehören, müssen im Besitze eines mit Lichtbild und dem Vermerk „besetztes Gebiet" versehenen Personalausweises sein.

Dieser Ausweis, der nur den im besetzten Gebiete ständig wohnenden Personen ausgehändigt werden darf, wird von den deutschen zuständigen Behörden ausgestellt und beglaubigt, die sich von der Richtigkeit der darin enthaltenen Vermerke zu überzeugen haben.

Alle im unbesetzten Deutschland wohnhaften Staatsangehörigen der Besatzungsmächte, die im besetzten Gebiet verkehren oder sich dort aufhalten, müssen im Besitze eines den Bestimmungen ihres Landes entsprechenden Passes oder Geleitscheines sein.

Alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre und alle Staatsangehörigen der Besatzungsmächte, die im unbesetzten Deutschland wohnhaft sind, können zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ungehindert verkehren, vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines Personalausweises oder eines von den Rheinlandbehörden beglaubigten Passes sind.

Sperre der Getreideausfuhr.

Der Roggenpreis hat in der letzten Zeit eine außerordentliche Steigerung erfahren. Er ist an der Berliner Produktenbörse auf 150 M. für die Tonne am 26. August, auf 180 M. für die Tonne am 5. September, also um 20 Proz., und von Freitag auf Sonnabend von 180 M. auf 190 M. gestiegen. Die Verspätung der Ernte, die durch das fortwährende regnerische Wetter fast in allen Teilen Deutschlands eingetreten ist, hat das Angebot des Inlandgetreides außerordentlich verringert und von den Mühlen und vom Konsum starke Nachfrage hervorgerufen. Unter diesen Umständen erschien es geboten, die Abteilung der für die Ausfuhr von Roggen, Weizen (Spelz, Dinkel), Hafer und Gerste erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen vorübergehend vom Montag, dem 8. September cr. ab einzustellen. Der Reichskommissar bei der Getreidestelle, Geschäftsabteilung, ist von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft entsprechend angewiesen worden.

Rentabilität und Steuerlast der Landwirtschaft.

Der „Landbund" schreibt u. a.:

„Was bisher über die Rente der landwirtschaftlichen Betriebe durchsickert, ist trostlos. Allzu oft wird es heißen: „Die Rente ist auf Null gesunken", oder auch „Es ist mit Verlust abgeschlossen". Es ist gut, daß die Buchführung sich in der Landwirtschaft stark verbreitet hat: es wird der Oeffentlichkeit bald ein Licht über die wahre Entwicklung der Rente im landwirtschaftlichen Betrieb aufgesteckt werden.

Zunächst ein **Vergleich der Steuerlast mit der Friedensrente** der landwirtschaftlichen Betriebe:

Nimmt man eine 3,5 prozentige, also sehr günstige Verzinsung des betriebswirtschaftlichen Vermögenswertes als Friedensrente an, dann ergibt sich unter Ausschaltung der Kleinbetriebe folgendes Bild für die 1-Hektar-Fläche:

Friedensrente		Steuerlast
Ertragsklasse I:	140 Mk.	rd. 135 Mk. = rd. 96%
" II:	112 Mk.	rd. 110 Mk. = rd. 98%
" III:	80 Mk.	rd. 79 Mk. = rd. 99%
" IV:	52 Mk.	rd. 51 Mk. = rd. 99%
" Va:	28 Mk.	rd. 33 Mk = rd. 118%
" Vb:	21 Mk	rd. 18 Mk. = rd. 86%

Bedenkt man, daß die Verzinsung von 3,5 Proz. allgemein nicht erreicht wurde, dies also insbesondere auch für die geringeren Ertragsklassen, dann kommt man zwangslos zu dem Ergebnis, daß die **jetzige Steuerlast regelmäßig höher ist als die volle Friedensrente der Landwirtschaft.**

Hieran ändert sich nichts, wenn ein Zweifler die Werte in obiger Uebersicht als zu niedrig ansprechen sollte; denn bei Zugrundelegung einer dreifachen Rente von drei Prozent des Wertes würde selbst eine Erhöhung der Werte um ein volles Sechstel an obigem Gesamtbild nichts ändern.

Ein Vergleich der im Wirtschaftsjahre 1923/24 gebliebenen Rente mit der jetzigen Steuerlast wird ein noch unvergleichlich trostloseres Bild ergeben.

Selbst als Optimist wird man im großen Durchschnitt der Betriebe je nach der Ertragsklasse einen Rückgang der Rente auf vielleicht 15 bis 20 Prozent der Friedensrente bei guten Böden bis zu erheblichem Verlust bei geringeren Böden befürchten müssen.

Bei einem Vergleich der jetzigen Steuerlasten mit der Rente des Wirtschaftsjahres 1923/24 ist kein anderes Ergebnis möglich, als das selbst im günstigsten Falle die jetzige Steuerlast ein Vielfaches der verbliebenen Rente beträgt.

In der Beurteilung des Verhältnisses von Steuerlast zu Reinertrag in der Landwirtschaft ziehen amtliche und nichtamtliche Stellen Schlüsse, die dem Fachmann völlig unerklärlich sind; man weiß nicht, ob Unkenntnis oder Wille zur Irreführung der öffentlichen Meinung schuld daran sind."

Neuaufstellung der Ortsklasseneinteilung.

Das Reichsfinanzministerium bereitet eine Neuaufstellung der Ortsklasseneinteilung vor. Bereits seit längerer Zeit wird eine grundsätzliche Aenderung des augenblicklich geltenden Ortsklassenverzeichnisses von den Spitzenorganisationen der Beamten angestrebt. Das Reichsfinanzministerium hat die zu diesem Zwecke erforderlichen statistischen Vorarbeiten jetzt beendet. Insbesondere hat eine neue Feststellung der Wohnungsmieten in den einzelnen Bezirken stattgefunden. Es liegen darüber etwa 600 000 Ergebnisse vor, auf denen die Regierung die Neuregelung aufbauen will. Dieser Tage hat auch schon mit den Spitzenorganisationen eine Vorbesprechung stattgefunden. Die Besprechung trug vertraulichen Charakter.

Oberbürgermeister a. D. Leinert.

Der Streit um den Abbau des Oberbürgermeisters Leinert in Hannover ist nunmehr zu einem überraschenden Abschluß gekommen. Während das Bürgervorsteherkollegium in seiner Mehrheit zunächst beabsichtigte, erneut einen Abbaubeschluß zu fassen, der sich dann streng an die gesetzlichen Vorschriften gehalten hätte, ist ein solcher Beschluß nunmehr überflüssig geworden dadurch, daß Herr Leinert bereits einen Vertrag unterzeichnet hat, der seine Pensionierung zum 1. Oktober dieses Jahres vorsieht. Das Bürgervorsteherkollegium hat in seiner vertraulichen Sitzung am Freitag abend diesen Vertrag bereits mit großer Mehrheit gutgeheißen, so daß nur noch die Zustimmung des Magistrats aussteht, an der aber kaum zu zweifeln sein dürfte.

*

Der Wortlaut des Vertrages ist folgender:

1. Herr Oberbürgermeister Leinert scheidet am 1. Oktober 1924 aus seinem Amt aus und tritt in den Ruhestand. 2. Als Ruhegehalt erhält Herr Leinert auf Lebenszeit die vollen Bezüge seines Diensteinkommens (Einkommen eines Staatssekretärs nach Gruppe IV der Einzelgehälter des preußischen Beamteneinkommengesetzes) und Reliktenversorgung nach demselben Grundsatz. Sollten nach Auszerkraftsetzung des Besoldungssperrgesetzes die Bezüge des Oberbürgermeisters anders geregelt werden, so stehen Herrn Leinert die pensionsähnlichen Bezüge des Oberbürgermeisters und entsprechende Reliktenversorgung zu.

Zwei Roßbachleute spurlos verschwunden.

Ein neuer Fehme-Mord?

Die „Pölitsche Pommersche Warte" bringt folgende aufsehenerregende Meldung:

„Seit Mittwoch, den 27 August, ist der Bruder des Feldwebels Schöning von der Roßbachabteilung, Heinz Schöning, Kaufmann z. Zt. 20 Jahre alt, wohnhaft in Stettin, spurlos verschwunden. Er ging mittags mit der Bitte von seinen Eltern fort, sein Abendbrot zurückzustellen, er käme etwas später, da er noch Kundschaft zu besuchen hätte. Er ist danach von niemandem mehr gesehen worden. — Seit dem 31. August ist der Bäcker Arno Marlow, ebenfalls wohnhaft in Stettin, verschwunden. Er ist am Sonntag abend zum letztenmal mit seinen Kameraden zusammengewesen. Marlow trennte sich von seinen Freunden in der Absicht, nach Hause zu gehen. Er ist etwa 18 bis 19 Jahre alt. Beide Verschwundenen sind Roßbachleute."

An den anständigen Stellen hat man zwar von obigen Vorgängen gehört, kann aber irgendwelche Auskunft nicht erteilen.

Ein blutiger Zwischenfall in Ludwigshafen.

In einer der letzten Nächte gegen 11 Uhr sind drei betrunkene Zivilisten in der Bismarckstraße mit marokkanischen Soldaten in einen Wortwechsel geraten, in dessen Verlauf einer der Soldaten durch einen Stich in den Rücken sofort getötet und der andere Soldat schwer verletzt wurde. Nach dieser Tat begaben sich dieselben Zivilisten in eine in der Kaiser-Wilhelm-Straße gelegene Wirtschaft und fingen dort mit anwesenden Gästen Streit an. Während der Auseinandersetzung erhielt der 42 Jahre alte Schlächtermeister Karl Fels, Vater von sechs Kindern, einen Stich in die Brust, an dessen Folgen er tot zusammenbrach. Die durch die Polizei sofort vorgenommenen Erhebungen führten zur Ermittlung und Festnahme der Täter. Es handelt sich um drei mit Zuchthaus vorbestrafte Schwerverbrecher aus Ludwigshafen.

Der mexikanische Senat beschloß, dem Reichspräsidenten Ebert durch den mexikanischen Gesandten in Berlin den Dank des mexikanischen Volkes für den überaus herzlichen Empfang auszusprechen, der dem neugewählten Präsidenten von Mexiko, General Plutarco Elias Calles, seitens der Reichsregierung, der Volksvertretung und des gesamten deutschen Volkes bereitet worden ist.

Durchlaucht — Frau Güldenwerth.

Roman von Fred Relius.

Nachdrucksrecht bei Aug. Scherl, G.m.b.H., Berlin.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dann aber tauchte er — nach alter Art — Blicke und Worte in das Kaustikum des derben Spottes. „Also diese Märchenherzogin besaßest nunmehr deine Seele. Die roten Veilchenstriene auf dem weißen Nacken ist das Wundmal deines Herzens. Ich seh's dir an, Liebster — bemüh' dich, bitte nicht. Prinzgemahl — hä, Zieten, wär' das was? Ich habe dir ja damals beim Abschluß unserer Wette schon gesagt: Ungezählte Möglichkeiten liegen in der Luft. Aber ich hoffe, du wirst nicht gleich das Leben hassen... in Wüsten fliehen, wenn nicht alle Blütenträume reifen. Uebrigens wieder Goethe, Zieten! Wenn der Blütentraum nicht reift — und er wird es nicht, verlaß dich drauf — urewig reift der Wein."

Er bestellte Sekt. „Die verlorene Wette, Zieten." Er hob sein Glas. Aus den lustigen Spötteraugen fiel ein treuechter Herzstrahl auf den Freund.

„Auf frohes Säen, Bester!... Auf goldene Frucht!" —

Die Wochen liefen.

Die Bäume draußen färbten sich schon bunt. Die Eiche rot — die Buche braun — die Birke silbern mit einem Ueberwurf von Gold. Ein erstes gilbes Blättchen mahnte an den Herbst.

Es war die Zeit, da auch im deutschen Zeitungsblätterwald das große Sterben anhub. Die Papiernot stieg. Die Preise wurden unerschwinglich. Kleinere Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein. Die großen kamen nur noch einmal tags. Das Feuilleton hatte kaum noch Raum genug, um die Theater-, Musik- und Kunstberichte aufzunehmen. Plaudereien, Skizzen, Entrefilets und Stimmungsbilder fielen fort. Alles Interesse... jede Zeitungsspalte fraß die Politik.

Steinkirch sprach mit Zieten über diese Dinge.

„Alles irgendwie Entbehrliche soll fort. Deinen Artikeln droht der große Blaustift. Ich kämpfe wie ein Löwe für Sie. Aber der Chef ist anderer Meinung. Bisher habe ich die meine zwar noch durchgesetzt. Aber du weißt vom Militär her, das höhere Gehalt hat schließlich Recht."

Das war nun was! Steinkirchs Worte gingen Zieten durch den Sinn. Wenn er auch die kleine Einnahme aus der Wochenlauderei verlor! Viel war es nicht — gewiß. Die Zeitungen bezahlten schlecht. Die Spesen — wenn man sie gewissenhaft addierte — fielen erheblich ins Gewicht. Aber ein Plus blieb doch. Und das Plus half mit. Vor allem aber gab die Arbeit ihm ein Ziel... einen Halt... ein Hoffen — Hoffen auf den endlichen Erfolg. Und nun fehlte ihm der große Zug... die Kraft zum zweiten Wurf. Sagte Steinkirch. Es mochte sein. Niemand krempelt sich auf einmal um... kann von heut' zu morgen aus der alten Haut. Er dachte nach... er grübelte... er sorgte... er faßte Pläne... er verwarf sie. Alles Strutinieren seiner Lage nützte nichts Er kam zu keinem Resultat.

In d ieser Zeit, als das Jahr zur Rüste ging und Zieten gedanken-, planeschwer das Leben ansah, wie es wohl für ihn zu fassen und zu modeln sei, fiel der Brand des alten Schlosses Aich. Es lag unweit Pirna an der Elbe. Uralt war das Dorf und uralt war die Burg. Früher wendisch — Urnen und Reste heidnischer Begräbnisplätze gaben Zeugnis dafür —, standen Dorf und Burg auf steiler Höhe. Steil ragte der Felsen aus dem Hügelland hervor — stel fiel er zu den prächtigen Buchenwäldern, den grünen Matten und dem Weingelände, die die Elbe säumen, ab. Um den Kegel zog der breite, starke Fluß. Er goß seine Wasser in ein enges, waldumsäumtes Tal. Die „Hölle" war im Volk der tiefe Grund geheißen. Forscher priesen die wunderbaren Pflanzen und seltenen Tiere, die in diesem Grunde lebten. Wo die Natur den Urbewohnern Schutz versagte und Raum für kriegerischen Angriff freiließ, warfen Menschenhände Schanzen auf. Noch heute stehen die Wendenwälle unberührt. Ringförmig liegen ihre krummen Rücken. Der Schloßpark schließt sie ein. Parkwege ziehen zwischen ihnen hin. Parterres und Blumenbeete schmücken die stummen Zeugen alter Zeit. Und Eichenwipfel rauschen über ihnen geheimnisvolle Lieder aus vergangenen Tagen.

Aich... ein Burgberg, wie der Ritter ihn kaum stolzer finden konnte... heute einer der schönsten Adelssitze im weiten Sachsenlande —

Als Zieten am Morgen in der Zeitung las, daß der Blitzstrahl eines Herbstgewitters den Turm des Schlosses Aich getroffen habe, nahm er den nächsten Dampfer und fuhr die Elbe aufwärts. Von Pirna aus wanderte er zu Fuß in weinklarer Sommerluft zum Schlosse Aich. Vor ihm lag der stolze Bau — hoch und scheinbar unversehrt. Er stand vor dem romanischen Portal aus Lausitzer Granit. Vom Bogenfelde oben hob sich der Doppeladler und eine mächtige Kartusche mit den Wappen der von Aich. Das kunstvolle Gitter aus schwerem Schmiedeeisen war geöffnet. Alle Kunstperioden hatten an Schloß Aich gebaut. Die Gotik an den Tonnengewölben mit den spitzen Bogen. Der Barock an den schönen Anbauten der späteren Zeit. Die Romantik an der Kirche aus ungefügtem Stoff mit ihrer reichen Form.

Zieten gab einem Diener seine Karte. Man führte ihn in eine Halle, die eine wundervolle, mit schweremn Rankenornamenten geschmückte Decke trug. Er wartete. „Exzellenz läßt bitten," hieß es dann.

Er stand vor dem Herzoglichen Oberhofjägermeister a. D. Graf von Aich. Zieten sah sich nicht mehr um, aber er fühlte, daß er von schwerer Pracht umgeben sei. Gepolsterte und schwer geschnitzte Möbel... dicke Teppiche... Gemälde... Bronzen... kostbare Dinge aller Art.

„Guten Tag."

Ein hoher, schlanker Herr streckte ihm die Hand entgegen. Die Kleidung zeigte — in dem zerfurchten, schmalen Antlitz die Rassenmerkmale des alten, vielleicht überzüchteten Geschlechts — die Haltung leicht gebückt — die Sprache müde und doch voll markigem Schwung. Graf Aich. — Zieten meinte, er habe ihn schon irgendwo gesehen.

„Bitte, was führt Sie zu uns?"

Zieten sagte, was zu sagen war.

Aich klappte mit den gepflegten Nägeln auf das Holz des Stuhles.

„Also die Burg. Sie steht. Der Blitz ist in das Gebälk des Turmes eingeschlagen. Das Feuer wurde bald gelöscht. Großer Schaden ist nicht angerichtet. Es ging diesmal glimpflich ab. Früher war es schlimmer. Feuer haben oft vom Berg gelobt. Einst — im 17. Jahrhundert — ging das ganze Dorf mitsamt der Burg in Flammen auf. Der Chronist erzählt: „Es kam das Feuer in des Obristen Wachtmeisters Quartiere aus, und zwar durch einen drennenden Wachsstock, welchen der Musterschreiber auf einen Sattel setzte, der im Stalle aufgehangen war. Der große Wind aber, indem er um sein Pferd gegangen, hatte ihn herabgeworfen und die dürre Streu alsbald entzündet. So die alte Chronik etwa wörtlich. Kaum waren Burg und Dorf von neuem aufgebaut, als ein zweiter Brand sie faßte. Am gleichen Tage, an dem in Hoffkirch des großen Hohenzollern Schicksalsstunde schlug, wurde ein Teil der Burg abermals ein wüster Trümmerhaufen. Sie haben beide neu getrutzt und neu gebaut: der große Friedrich und die Aichs. Die Aichs tun es, wenn es nötig werden sollte, heute ebenso wie einst."

(Forts. folgt.)